Die rechtliche Behandlung des Strandgutes im römischen Recht und an den deutschen Küsten

unter besonderer Berücksichtigung der Partikularrechte und der Reichsstrandungsordnung vom 17. Mai 1874.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

juristischen Fakultät der Universität Rostock

vorgelegt von

HEINRICH KALTHOFF,

Kgl. preuß. Referendar a. D.

Rostock.

Carl Boldt'sche Hofbuchdruckerei

1910.

DA 11/ 49

GR. UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK FREIBURG I. B.

Referent: Professor Dr. Lehmann.

Dem Andenken des Vaters!

DA 11 / 49

Universitäts-
Bibliothek
Freiburg i. Br.

Inhalts

Vorwort.
A. Im römischen Recht (§
B. Im deutschen Recht .
I. Die Meeresprodukte
II. Das Strandgut im e
1) Die Gesetzgebung
2) Die partikularen F
a. Das Recht der
aa. Bremen (§
bb. Lübeck (§
cc. Hamburg (
b. Mecklenburg (§
c. Oldenburg (§ 9
d. Preußen . . .
aa. Schleswig-
bb. Hannover
cc. Pommern
dd. Ost- und
ee. Helgolanc
3) Der Rechtszusta
Allgemeines (§ 1
a. Die Behandlu
aa. Die Stell
bb. Die Stel
cc. Die Stel
tigung d
b. Die Behandl
aa. Bis zum
bb. Währen
(§ 20)
Nachwort . . . .

Inhaltsverzeichnis.

Vorwort.

A. Im römischen Recht (§ 1) 1

B. Im deutschen Recht 9

I. Die Meeresprodukte (§ 2) 9

II. Das Strandgut im engeren Sinn 12

1) Die Gesetzgebung von Reichs wegen (§ 3) 12

2) Die partikularen Rechte im Reich 23

a. Das Recht der Hansa (§ 4) 24

aa. Bremen (§ 5) 28

bb. Lübeck (§ 6) 30

cc. Hamburg (§ 7) 32

b. Mecklenburg (§ 8) 37

c. Oldenburg (§ 9) 40

d. Preußen 44

aa. Schleswig-Holstein (§ 10) 44

bb. Hannover (§ 11) 50

cc. Pommern (§ 12) 56

dd. Ost- und Westpreußen (§ 13) 62

ee. Helgoland und die ostfriesischen Inseln (§ 14) . . 69

3) Der Rechtszustand der Gegenwart 75

Allgemeines (§ 15) 75

a. Die Behandlung des Schiffsgutes während der Strandung 77

aa. Die Stellung des Schiffers (§ 16) 77

bb. Die Stellung des Strandvogtes (§ 17) 78

cc. Die Stellung Dritter unter besonderer Berücksichtigung der Stellung des Bergers (§ 18) 80

b. Die Behandlung des Strandgutes nach der Bergung . 89

aa. Bis zum Aufgebotsverfahren (§ 19) 89

bb. Während und nach beendigtem Aufgebotsverfahren (§ 20) 91

Nachwort 99

Universitäts-Bibliothek Freiburg i. Br.

Vorwort.

Von einer rechtlichen Behandlung des Strandgutes kann man erst sprechen, seitdem die Legislatur mit der Bekämpfung des „Strandrechtes" einsetzte, auf Grund dessen die Küstenbewohner sich der Strandgüter, d. h. alles dessen, was das Meer auswarf, insbesondere der aus einem Schiffbruch herrührenden Gegenstände, bemächtigen konnten und das Eigentum an ihnen erwarben. Die Gesetzgebung begann in Deutschland im 13. Jahrhundert hier einzuschreiten, nachdem das römische Recht in den Codificationen Justinians glänzende legale Produkte über die Rechtslage des Strandgutes fixiert hatte. Wir haben diese mitbehandelt einmal, weil sie in Deutschland mancherorts subsidiäre Geltung hatten[1]), sodann aber zweifellos die maßgebenden Faktoren dort angeregt haben, sich früher, als es sonst geschehen wäre, an die Lösung der brennenden Frage der Beseitigung des „Strandrechtes" heranzumachen. Ausdrücklich zu betonen ist jedoch, daß auf dem Gebiet, dessen Abhandlung wir uns zur Aufgabe gemacht haben, die deutsche Gesetzgebung, ohne sich das römische Recht zum Vorbild zu nehmen, durchaus selbständig und außerordentlich schöpferisch war und daß am Ende die Reichsstrandungsordnung vom 17. Mai 1874, basierend auf den Normen der partikularen Rechte, als reinstes Produkt deutschen Rechtes sich darstellt.

[1]) So bis zum 1. I. 1900 an den Küstenstrichen Schleswig-Holstein, Hannover, Neuvorpommern und Rügen, Mecklenburg, Oldenburg und den freien Reichsstädten. cf. von Czyhlarz a. a. O., S. 3.

Nachwort.

Ein besserungsbedürftiger Mangel der R. Str. O. liegt in dem Widerspruch zwischen § 27, 1, nach dem der Eigentümer des Strandgutes, falls er nicht rechtzeitig, d. h. innerhalb der Aufgebotsfrist seine Ansprüche geltend macht, „bei der Verfügung über die geborgenen Gegenstände unberücksichtigt bleibt", und § 28, 2, woraus für den durch § 27, 1 ausgeschlossenen Eigentümer ein obligatorischer Anspruch gegenüber den neuen Eigentümern auf Herausgabe der noch vorhandenen Bereicherung resultiert; es concediert somit die eine Norm des Gesetzes einer Person einen Anspruch, den ihr eine andere Norm desselben Gesetzes versagt. Wir haben an anderer Stelle diesen Widerspruch durch eine Interpretation des § 27, 1 dahin, daß der Eigentümer mit seinen aus dem Eigentumsrecht sich ergebenden Ansprüchen ausgeschlossen wird, zu heben versucht; er würde in Übereinstimmung mit dieser Auslegung durch folgende Fassung des § 27, 1 zu beseitigen sein:

„Im Aufgebotsverfahren werden alle unbekannten Berechtigten aufgefordert, bis zu einem bestimmten Termine bei dem Strandamte ihre Ansprüche anzuzeigen, widrigenfalls dieselben bei der Verfügung über die geborgenen Gegenstände — „unbeschadet des aus § 28, 2 ihnen zustehenden Anspruchs" — unberücksichtigt bleiben würden.

Einen weiteren Mangel sehen wir in der Konstruktion des dem früheren Eigentümer nach § 28, 2 zustehenden

Anspruchs: zivilrechtlicher Natur unterliegt er den Normen des B. G. B. über die Verjährung und erlischt nach § 195 erst in 30 Jahren. Wir halten eine derartige Konstruktion dieses Anspruchs, weil er das neue Eigentumsrecht zu lange belastet, für verfehlt und in Widerspruch stehend zu dem Wesen der Rechtsnorm, die gerade auf eine sichere Fundamentierung neu geschaffener Rechte abzielen, dadurch klare Zustände im Rechtsleben herbeiführen soll.

Der Gesetzgeber des bürgerlichen Rechts hat bei der Normierung des Fundrechts mit Rücksichtnahme auf diese Momente unter homogenen Umständen anders gehandelt. Auch beim Fundrecht erlischt das ursprüngliche Eigentumsrecht, um einem neuen, dem des Finders, Platz zu machen; auch hier hat der Gesetzgeber dem früheren Eigentümer als Äquivalent seines verlorenen Eigentumsrechts einen Anspruch gegenüber dem Finder gegeben auf Herausgabe der Sache in Höhe der ungerechtfertigten Bereicherung in gleicher Weise wie der Gesetzgeber der R. Str. O. dem früheren Strandguteigentümer gegenüber Fiskus und Berger. Indessen steht der im bürgerlichen Recht normierte Anspruch in wesentlich anderem Rahmen wie der diesem seiner Natur nach verwandte Anspruch aus § 28, 2 R. Str. O.; er ist zeitlich begrenzt auf die Dauer von drei Jahren, gerechnet vom Augenblick des Eigentumsübergangs auf den Finder.

Wir halten die Konstruktion dieses Anspruchs, wie wir sie im bürgerlichen Recht finden gegenüber derjenigen des § 28, 2 R. Str. O. für besser, da sie der Forderung des Verkehrslebens auf Sicherung der rechtlichen Zustände weitgehender Rechnung trägt und würden als Konsequenz dieses Gedankens folgenden Zusatz zum § 28, 2 R. Str. O. nach Analogie von § 977 B. G. B. für zweckmäßig erachten:

„Der Anspruch erlischt mit dem Ablauf von drei Jahren nach der erfolgter Überweisung der herrenlosen Güter an Fiskus oder Berger, wenn nicht die gerichtliche Geltendmachung vorher erfolgt.“

Mit dieser temporären Modifikation des Anspruchs aus § 28, 2 R. Str. O. würde dem neuen Eigentumsrecht am Strandgut ein notwendiger wirksamer Rechtsschutz gewährleistet und durchaus entsprochen sein dem Charakter der Verjährung, den Gaius[1]) dahin präzisiert: Bono publico usucapio introducta est, ne scilicet quarundam rerum diu et fere semper incerta dominia essent.

---

[1]) D. 41, 3, 1 pr.

Literaturverzeichnis.

I. Königl. preuß. Staatsarchiv zu Aurich:

1. Des hochfürstlichen Ostfriesischen Hof-Gerichts Assessoris Gerhard Feltmanns Aufsatz vom Strand-Recht. Entworfen 1696. Benutzt in der im Besitz des Kgl. Staatsarchivs zu Aurich befindlichen, 1829 gefertigten Abschrift. Das Originalmanuskript soll nach einem Vermerk auf dem Titelblatt der Abschrift von der Groninger Gesellschaft „Pro excolendo iure patrio“ erworben sein. Zitiert Feltmann Strandrecht.

II. Universitätsbibliothek Berlin:

2. Grenzboten, Die: Zeitschrift für Politik und Literatur 26. Jahrgang, II. Semester 1 Bd. Leipzig 1867. Artikel: Rettung von Menschen oder Bergung von Sachen. Ein Beitrag zur Kenntnis vom heutigen Strandrecht und dessen Einfluß auf die Rettung Schiffbrüchiger.
3. Herquet: Miscellen zur Geschichte Ostfrieslands. Norden 1883.
4. Leman: Historisch-geographische Einleitung in die Provinzialrechte Westpreußens. Marienwerder 1830.
5. Leman-Strombeck: Provinzialrecht der Provinz Westpreußen (Dritter Teil der Sammlung: Provinzialrechte aller zum preußischen Staat gehörenden Länder und Landesteile usw.). Leipzig 1830.
6. Martens: Das Consularwesen und die Consularjurisdiktion im Orient. Uebersetzt von H. Skerst. Berlin 1874.
7. Oetker: Verfassung und Recht auf Helgoland. Nachtrag zu: Helgoland, Schilderungen und Erläuterungen von demselben Verfasser. Stuttgart 1878.
8. Schubert: Ueber das Strandrecht in Preußen während des Mittelalters in „Beiträge zur Kunde Preußens“ Bd. V. Königsberg 1822.

III. Stadtbibliothek Bremen:

9. Sammlung der Verordnungen und Proclame des Senats der freien Hansestadt Bremen im Jahre 1834.

IV. Stadtbibliothek Hamburg:

10. Gesetzessammlung der freien und Hansastadt Hamburg. Amtliche Ausgabe III. Bd. Jahrg. 1868, 1. und 2. Abteilg.
11. Fr. Anton Strackerjan: Oldenburgisches Schifffahrtshandbuch usw. Oldenburg 1853.
12. Hansa: Zeitschrift für Seewesen. Organ der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger. 8. Jahrgg. 1871.

V. Universitätsbibliothek Rostock:

13. Baethke: Deutsches Strandrecht. Diss. jur. Marburg 1908.
14. Bornhak: Handbuch des Verwaltungsrechts in Preußen und dem Deutschen Reiche. Leipzig 1906.
15. von Brenneysen: Ostfriesische Historie und Landesverfassung aus den im fürstlichen Archive vorhandenen und sonst colligierten glaubwürdigen Documenten .... Aurich 1720, zwei Teile in einem Band.
16. von Buchka: Mecklenburgisches Landesprivatrecht. Halle 1905.
17. Brunner: Strandungsrecht in „v. Holtzendorffs Rechtslexikon". 2. Auflage S. 663 ff.
18. Fr. G. von Bunge: Liv-, Esth- und Curländisches Urkundenbuch nebst Regesten, Bd. I (1093—1300). Reval 1853.
19. Burchard: Bergung- und Hülfleistung in Seenot. Hannover 1897.
20. Busch: Der Einfluß der Menschlichkeit auf das Recht mit besonderer Berücksichtigung der Seegesetzgebung des Deutschen Reiches. Diss. jur. Göttingen 1891.
21. Büsch: Johann Georgs sämtliche Schriften über die Handlung. Hamburg 1824. Teil I. Anhang 3. „Darstellung des in den nördlichen Gewässern üblichen, in Sonderheit des schlesw.-holsteinischen Strandrechts als Zusatz zu dem Anhang vom Strandrecht." (S. 386 ff.)
22. von Czyhlarz: Lehrbuch der Institutionen des römischen Rechts. Wien-Leipzig 1905.
23. Cosack: Lehrbuch des deutschen bürgerlichen Rechts. IV. Auflage. Jena 1904. Bd. II.
24. Crome: System des deutschen bürgerlichen Rechts. Bd. III Tübingen und Leipzig 1902.
25. Daehnert, J. Carl: Sammlung ... pommerscher und rügischer Landesurkunden ... 3 Bände. Stralsund 1765/69.
26. Daehnert, J. Carl: pommersche Bibliothek. Greifswald 1782 (Bd. I, Teil III, Stück 3). M. T.: „Ueber das Strandrecht an der pommerschen Küste."

27. Dernburg: Pandekten. 3 Bände. Berlin 1902.
28. Dreyer: Carolus Henricus: Specimen Iuris Publici Lubecensis . . . circa inhumanum ius naufragii (Strandrecht) Butzow et Wismar.
29. Emmius: Rerum Frisicarum Historia. 1615.
30. Endemann: Lehrbuch des bürgerlichen Rechts. Bd. II, Abtlg. I, 8. u. 9 Aufl. Berlin 1905.
31. Enneccerus-Lehmann: Das bürgerliche Recht. Bd. II, 2. Aufl. Marburg 1901.
32. Frensdorff: Das lübische Recht nach seinen ältesten Formen. Leipzig 1872.
33. Friedberg: Die Handelsgesetzgebung des deutschen Reichs. VII. Aufl. Leipzig 1904.
34. Frommhold: Das rügische Landrecht des Matthäus Normann nach den kürzeren Handschriften. Stettin 1896.
35. Gadebusch, T.H.: Schwedisch-pommerscheStaatskunde. 2 Teile. Greifswald 1788.
36 Gadebusch, T. H.: Vom wendisch-rügianischen Landgebrauch. Stralsund 1774.
37. Gesetzessammlung für die königlich preußischen Staaten. Berlin 1814.
38. Goldschmidt: Handbuch des Handelsrechts I, 2. Erlangen 1868.
39. Hach: Das alte lübische Recht. Lübeck 1839.
40. Handwörterbuch der Staatswissenschaften. Jena 1909.
41. Hanserecesse: Die Recesse und andere Akten der Hansatage. 3 Abteilungen bis zum Jahr 1530 (zitiert „Hanserecesse"). Leipzig 1870 ff.
42. Hansisches Urkundenbuch. herausg. vom Verein für hansische Geschichte (geht bis zum Jahr 1485). Halle.
43. Hasse: Das Schleswiger Stadtrecht. Untersuchungen zur Dänischen Rechtsgeschichte. Kiel 1880.
44. Hübner: Grundzüge des deutschen Privatrechts. Leipzig 1908.
45. von Kamptz: Jahrbücher für die preußische Gesetzgebung. Bd. II, Heft 3 u. 4. Berlin 1820.
46. von Kamptz: Handbuch des mecklenburgischen Civilrechts.
47. von Kamptz: Die Provinzial- und statutarischen Rechte in der preußischen Monarchie. Teil I u. II. Berlin 1826/27.
48. von Kamptz: Annalen der preußischen inneren Staatsverwaltung. Bd. II, Jahrg. 1880.

49. K l o p p , Ouno: Geschichte Ostfrieslands von 1570–1751 (ein Band). Geschichte Ostfrieslands von 1744–1815 (ein Band). Hannover 1856.

50. A. v o n K o t z e b u e : Preußens ältere Geschichte. 4 Bände in 2 Teilen. Riga 1808.

51. K r a u t : Grundriß zu Vorlesungen über das deutsche Privatrecht, Handels- und Wechselrecht. Berlin 1872.

52. Landrecht des Herzogtumbs Preußen. Publiziert Anno 1620

53. L a p p e n b e r g : Hamburgische Rechtsaltertümer. Bd. I. Die ältesten Stadt-, Schiff- und Landrechte Hamburgs. Hamburg 1845.

54. L e h m a n n : Lehrbuch des Handelsrechts. Leipzig 1908.

55. L e h m a n n : Vortrag „Aus dem Wasserrecht" gehalten im Rostocker Fischereiverein. 1904.

56. L e w i s : Das deutsche Seerecht. Ein Kommentar zum V. Buch des A. D. H. G. B. Bd. II. Leipzig 1878.

57. v o n L i s z t : Lehrbuch des deutschen Strafrechts. 8. Aufl. Berlin 1897.

58. Lübecker Stadtrecht von 1586: Dero Kaiserlichen freien und der Heiligen Römischen Reichsstadt Lübeck Statuta und Stadtrecht — Samt angehengter Schiffs-Ober und Nieder Gerichtsordnung aufs neue wieder gedruckt a 1680. In Verlegung: Michael Bolcken. Lübeck.

59. Lübecksches Urkundenbuch: U.-B. der Stadt Lübeck herausg. vom Verein für Lübecksche Geschichts- und Altertumskunde.

60. M a k o w e r - L o e w e : Das H. G. B. mit Kommentar, Bd. II: Buch IV (Seehandel unter Berücksichtigung der seerechtlichen Nebengesetze.) 12. Auflage. Berlin 1900.

61. M a n d r y - G e i b : Der zivilrechtliche Inhalt der Reichsgesetze. Freiburg 1898.

62. M a t t h i a s s : Lehrbuch des bürgerlichen Rechts. II. Aufl. Berlin 1899.

63. Mecklenburgisches Urkundenbuch: Herausgegeben vom Verein für Meckl. Geschichte und Altertumskunde. Schwerin 1863 ff.

64. Mecklenburgische Zeitschrift für Rechtspflege und Rechtswissenschaft von A. Jahn. Bd. 48, Heft II. Wismar 1910.

65. Mitteilungen: Aus dem Gebiet der Geschichte Liv-, Esth- und Kurlands. Herausgegeben von der Gesellschaft für Geschichte . . . der Ostseeprovinzen Rußlands. Bd. 10. Riga 1865. Artikel: Ueber das Strandrecht in den Ostseeprovinzen von C. Rußwurm.

66. Monumenta Germaniae (Constitutiones).

67. Motive zur R. Str. O. vom 17. Mai 1874.
68. R. Nizze: Das allgemeine Seerecht der zivilisierten Nationen. Rostock 1857.
69. Opera Iuridica Duorum Fratrum Gerhardi et Theodori Feltmann. Arnhemiae 1764.
70. Pardessus I. M.: Collection de lois maritimes antérieures au XVIIIe siècle. 6 Bände. Paris 1828—45.
71. F. Perels: Das allgemeine öffentliche Seerecht im Deutschen Reich. Berlin 1901. Zitiert „Perels Seerecht".
72. L. Perels: Strandungsdelikte im deutschen Recht. Breslau 1898 in den „strafrechtlichen Abhandlungen" Heft 17.
73. Planck: Kommentar zum B. G. B. Bd. III, 3. Auflage. Berlin 1906.
74. Pommersches Urkundenbuch, 5 Bände bis zum Jahr 1320, herausgegeben vom königl. preuß. Staatsarchiv in Stettin. Zitiert „Pom. U.-B."
75. D. F. Quickmann: Ordnung oder Sammlung derer in dem königlich preußischen Herzogtum Pommern und Fürstentum Cammin bis Ende 1747 publizierten Edikte, Mandate und Reskripte . . . . Frankfurt a. O. 1750.
76. Rostocker Stadtrecht von 1757.
77. H. F. W. Raabe: Gesetzessammlung für die Mecklb.-Schwerinschen Lande. II. Folge, III. Bd. Polizeisachen. Parchim und Ludwigslust 1848.
78. Sach: Ursprung der Stadt Hadersleben und die Verleihung des Stadtrechts durch Herzog Waldemar IV. im Jahr 1292. Hadersleben 1872 (Gymn.-Programm).
79. Sammlung der Gesetze, Verordnungen und Ausschreiben für das Königreich Hannover, vom Jahr 1846. Hannover 1846.
80. Sammlung verschiedener Verordnungen, welche in Handlungs-Schiffahrts- und Polizey-Sachen der Kayserl. freyen Reichs Stadt Bremen . . . . ausgegangen. Bremen.
81. Schaps: Das deutsche Seerecht. Kommentar zum IV. Buch des H. G. B. nebst Erläuterungen zu den seerechtlichen Nebengesetzen. Berlin 1906.
82. Schuback: Abhandlung vom Strandrecht aus dem Lateinischen übersetzt. 2 Bände (2. Band: Sammlung einschlägiger Verordnungen). Hamburg 1767.
83. Seerecht: Königl. preußisches Seerecht de Dato Berlin 1. XII. 1727. Gedruckt Königsberg 1728.
84. Seeh-Recht: Der Reiche Schweden Seeh-Recht . . . . Carlls des Elfften von 1667. Gedruckt Wismar 1670.
85. Sohm: Institutionen. Leipzig, 12. Aufl. Leipzig 1905.

86. Staudinger: Kommentar zum B. G. B. 3./4. Aufl.
87. von Stemann: Geschichte des öffentlichen und Priva-rechts des Herzogtums Schleswig. 2 Teile, I. Bd. Kope-hagen 1866.
88. Stenographische Berichte über die Verhandlungen d deutschen Reichstags. II. Legislaturperiode, I. Sessi 1874. Bd. I. Berlin 1874.
89. Stobbe-Lehmann: Handbuch des deutschen Priva-rechts II, 1., 3. Aufl. Berlin 1896.
90. R. Schröder: Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschicht V. Aufl. Leipzig 1907.
91. J. Ch. Schröder: Repertorium des Rostockschen Recht c. 1770.
92. Tesdorpff: Gewinnung, Verarbeitung und Handel de Bernsteins von der Ordenszeit bis zur Gegenwart. Jena 18 in „Staatswissenschaftlichen Studien“, herausgg. von Elste Bd. I, Heft 6.
93. Thorsen: Die dem Jütischen Low verwandten Stadt-rechte für Schleswig, Flensburg, Apenrade und Hadersleben Kopenhagen 1855.
94. Urkundliche Bestätigung der herzoglich mecklenburgisch hohen Gerechtsamen über Dero Academie und Rath z Rostock. Gedruckt 1754.
95. von Vegesack: Westpreußisches Provinzialrecht vo 1844. 3 Bände. Danzig 1845.
96. Wagner-Pappenheim: Handbuch des Seerechts Bd. 2. Leipzig 1906.
97. Weiske-Hildebrand: Der Sachsenspiegel. 8. Aufl Leipzig 1905.
98. de Westphalen: Monumenta inedita rerum Germani-carum. Teil II—IV. Lipsiae 1745 ff.
99. T. D. Wiarda: Ostfriesische Geschichte. 10 Bände Aurich 1791—1817.
100. Windscheid: Lehrbuch des Pandektenrechts. 3 Bände 8. Aufl. Frankfurt 1900.
101. Wilmowski: Lübisches Recht in Pommern. Berlin 1867.
102. Zoepfl: Die peinliche Gerichtsordnung Kaiser Karls V. mit den Projekten der peinlichen Gerichtsordnung Kaiser Karls V. aus den Jahren 1521 und 1529. 2. Auflage. Leipzig und Heidelberg 1876.

Abkürzungen.

A. D. H. G. B. = Altes Handelsgesetzbuch.

B. G. B. = Bürgerliches Gesetzbuch.

C. = Codex Instinianus.

D. = Digesten des Corpus iuris civilis.

E. G. = Einführungsgesetz.

G. S. = Gesetzessammlung.

H. G. B. = Handelsgesetzbuch vom 10. Mai 1897.

J. = Institutionen des Corpus iuris civilis.

R. Str. O. = Reichsstrandungsordnung v. 17. Mai 1874.

R. Str. G. B. = Reichsstrafgesetzbuch vom 15. Mai 1871.

S. O. = Reichsseemannsordnung vom 2. Juni 1902.